

Beschlussvorlage Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft Federführendes Amt: Eigenbetrieb Klinikum Südstadt Rostock Beteiligte Ämter: Zentrale Steuerung Rechnungsprüfungsamt Kämmereiamt	Datum: 01.07.2019 fed. Senator/-in: S 2, Dr. Chris Müller-von Wrycz Rekowski bet. Senator/-in: bet. Senator/-in:	
Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2018, Ergebnisverwendung und Entlastung des Direktoriums des Eigenbetriebes "Klinikum Südstadt Rostock" der Hanse- und Universitätsstadt Rostock		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
04.09.2019	Klinikausschuss	Vorberatung
10.09.2019	Rechnungsprüfungsausschuss	Vorberatung
12.09.2019	Finanzausschuss	Vorberatung
25.09.2019	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 des Eigenbetriebes „Klinikum Südstadt Rostock“ mit der in der Bilanz ausgewiesenen Bilanzsumme von 156.172.240,53 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 11.621.111,43 EUR werden festgestellt.
2. Der Lagebericht wird genehmigt.
3. Der Jahresüberschuss des Jahres 2018 in Höhe von 11.621.111,43 EUR wird wie folgt verwendet:
 - 2.500.000,00 EUR werden an den Kernhaushalt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke weitergegeben. Die Hanse- und Universitätsstadt verpflichtet sich, die Verwendung der Zuwendung des Klinikum Südstadt Rostock für gemeinnützige Zwecke nachzuweisen,
 - 9.121.111,43 EUR werden der Gewinnrücklage zugeführt.
4. Dem Direktorium wird Entlastung erteilt.

Beschlussvorschriften:

§ 6 Abs. 2 Ziff. 3 EigVO iVm § 5 Ziff. 6 der Satzung des Eigenbetriebes „Klinikum Südstadt Rostock“

bereits gefasste Beschlüsse:

keine

Sachverhalt:

Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 wurden durch den Eigenbetrieb „Klinikum Südstadt Rostock“ erstellt. Die Prüfung von Jahresabschluss und Lagebericht erfolgte durch die Baltic GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kiel. Der Prüfungsgegenstand war gem. Kommunalprüfungsgesetz M-V zu erweitern um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk der Baltic GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft datiert vom 21.05.2019.

Das Klinikum hat in 2018 einen Jahresüberschuss von TEUR 11.621 (Vorjahr: TEUR 5.222) erwirtschaftet. Das Umsatzvolumen lag bei ca. 137 Mio. EUR. Bei weiterhin positiver Entwicklung des Eigenbetriebes wurde damit das Vorjahresergebnis um TEUR 6.399 und insofern deutlich überschritten. Dies ist bei einer Steigerung der Umsatzerlöse um TEUR 6.629, einhergehend mit dem Sinken der Personalaufwandes- sowie der Materialaufwandsquote, insbesondere auch auf positive einmalige Effekte im Wirtschaftsjahr außerhalb des operativen Bereichs des Krankenhauses im neutralen Ergebnis sowie dem Finanzergebnis zurückzuführen. Der Landesbasisfallwert ist in diesem Jahr um EUR 104,01 (3,11 %) gestiegen. Ebenso hat das Krankenhaus auch in 2018 wieder Leistungssteigerungen zu verzeichnen.

Die finanzielle Lage des Eigenbetriebes stellt sich stichtagsbezogen gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert dar. Die liquiden Mittel sind um TEUR 9.119 gestiegen und betragen zum 31.12. nunmehr TEUR 11.517. Diese Entwicklung geht einher mit dem wirtschaftlichen Ergebnis des Eigenbetriebes in 2018 inkl. der o.g. Einmaleffekte, die zu einem Großteil auch liquiditätswirksam geworden sind, ist aber zudem auch im Zusammenhang mit dem noch ausstehenden Verbrauch finanzieller Mittel z.B. für die Finanzierung der bereits geplanten Investitionsvorhaben zu betrachten.

Wesentliche Investitionsvorhaben wurden in 2018 nicht umgesetzt. Die ursprünglich für 2018 vorgesehenen Projekte „Erweiterung der zentralen Notaufnahme und Errichtung eines Linksherzkathetermessplatzes“ sowie „Erneuerung der Zentralküche“ sind aber in der Planung vorangeschritten und konkretisiert worden. Fördermittel sind noch nicht beschieden. Für den Bau der Küche und der zentralen Notaufnahme, der entsprechend Planungsfortschritt nunmehr in einer Maßnahme umgesetzt werden soll, ist in 2019 die Förderunschädlichkeit eines Maßnahmebeginns seitens des Fördermittelgebers bestätigt worden. Mit andauernden Leistungssteigerungen stößt das städtische Krankenhaus weiterhin zunehmend an seine räumlichen Grenzen. Die aktuelle Wirtschaftsplanung sieht unter diesen Bedingungen, vor dem Hintergrund der medizinisch optimalen Versorgung der Patienten sowie auch aus Sicht der Entwicklungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Hauses dringend notwendige Investitionen zur räumlichen Erweiterung sowie in die medizintechnische Infrastruktur des Klinikums vor.

Kurz- und mittelfristig sind weiterhin insbesondere die Maßnahmen „Erweiterung der zentralen Notaufnahme und Neubau der Zentralküche“, „Bau eines Linksherzkatheterlabors inkl. Anschaffung eines Messplatzes“ – nunmehr ergänzt um den

Bau und die Ausstattung eines Hybrid-OP's, die Anschaffung mehrerer medizintechnischer Geräte bzw. Großgeräte sowie insbesondere die Raumentwicklungsplanung des Klinikums, beginnend mit einer „ersten Bettenerweiterung“ in Planung bzw. Umsetzung. Letzteres vor dem Hintergrund der Schaffung eines Eltern-Kind-Zentrums in Kooperation mit dem Universitätsklinikum, welches durch das Land angestrebt wird.

Erfahrungsgemäß stehen Fördermittel nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in zeitlicher und quantitativer Hinsicht nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung. Insofern ist das Klinikum im Bedarfsfall auf alternative Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere auf Darlehensaufnahmen und Eigenmittel, angewiesen. Voraussetzung für Kreditaufnahmen ist jeweils deren Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde. Die Genehmigungsprüfung erfolgt jährlich für das kommende Jahr nach Vorlage der Wirtschaftsplanung des Klinikums. Dabei bewertet die Rechtsaufsichtsbehörde insbesondere die Höhe der Eigenkapitalquote und der Eigenkapitalverzinsung sowie die Liquiditätskennzahlen unter Beachtung der kommunalrechtlichen Vorgaben.

Zur Absicherung der oben genannten Investitionen wie auch zukünftiger Investitionsvorhaben ist die Rücklagenbildung erforderlich.

Der Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes spiegelt die Beschlusslage zum beschlossenen Kernhaushalt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für das Jahr 2019 wider und zeigt eine Abführung an den Träger des Klinikums in Höhe von TEUR 2.500.

Vor diesem Hintergrund schlägt das Direktorium folgende Ergebnisverwendung vor und weist in dem Zusammenhang noch einmal auf die notwendige Umsetzung der geplanten Investitionsmaßnahmen und deren finanzielle Sicherstellung hin:

- 2.500.000,00 EUR werden an den Kernhaushalt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke weitergegeben. Der Träger verpflichtet sich, die Verwendung der Zuwendung des Klinikum Südstadt für gemeinnützige Zwecke nachzuweisen,
- 9.121.111,43 EUR werden der Gewinnrücklage zugeführt.

Der Kernhaushalt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock beabsichtigt die vom Eigenbetrieb zur Abführung vorgeschlagenen 2.500.000,00 EUR für die nachfolgenden gemeinnützigen Produkte zu verwenden:

25101 Kulturhistorisches Museum (TH 45)
26301 Konservatorium "Rudolf Wagner Regeny" (TH 44)
27101 Volkshochschule (TH 43)
27201 Stadtbibliothek (TH 42).

Finanzielle Auswirkungen: 62303
Eigenbetrieb Krankenhaus Südstadt Klinikum

Haushalts- - jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Auf- wendungen	Einzahlungen	Aus- zahlungen
2019	62303.67600000 Finanzeinzahlungen aus Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweck- verbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen			2.500.000,00 EUR	

Die vom Klinikum Südstadt Rostock geleistete Einzahlung wird zu einem späteren Zeitpunkt zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke auf die oben genannten Produkte umgebucht.

in Vertretung

Dr. Chris Müller-von Wrycz Rekowski
Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung,
1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Anlage:
- Jahresabschluss 2018

Jahresabschluss

zum

31. Dezember 2018

und Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2018

mit

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

des

**Klinikum Südstadt Rostock,
Rostock**

Inhaltsverzeichnis

Anlage 1	Bilanz zum 31. Dezember 2018
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018
Anlage 3	Anhang zum 31. Dezember 2018
Anlage 4	Finanzrechnung 2018
Anlage 5	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018
Anlage 6	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017

Bilanz zum 31. Dezember 2018

AKTIVA	Stand am		Stand am		PASSIVA	
	EUR	31.12.2018 EUR	EUR	31.12.2017 EUR	EUR	31.12.2017 EUR
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	449.159,02	449.159,02	396.732,02		12.500.000,00	12.500.000,00
2. geleistete Anzahlungen	0,00		3.570,00		20.946.591,32	20.946.591,32
		449.159,02	400.302,02		9.848.263,72	9.848.263,72
II. Sachanlagen					5.222.335,82	5.222.335,82
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	82.203.276,32	82.203.276,32	84.517.114,23		57.638.302,29	57.638.302,29
2. Grundstücke mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	732.223,32	732.223,32	743.309,32			60.813.503,61
3. Grundstücke ohne Bauten	2.248.792,47	2.248.792,47	2.248.792,47		1.140.812,02	1.203.445,02
4. Technische Anlagen	2.489.114,00	2.489.114,00	2.666.448,00		346.409,02	201.416,02
5. Einrichtungen und Ausstattungen	7.609.965,32	7.609.965,32	7.534.709,83		113,00	1.750,00
		95.283.371,43	97.710.373,85		60.371.145,65	62.220.114,65
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.644.408,68	1.644.408,68	1.735.010,07		199.151,00	89.151,00
2. Unterliefe Leistungen	1.120.200,02	2.764.608,70	1.524.508,71		13.147.880,88	12.932.826,65
					13.347.031,88	13.021.977,65
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	22.060.575,75		24.159.761,69		14.365.241,01	15.306.009,73
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)						
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	6.136.505,32		3.098.886,62			
- davon nach dem KHnFG: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)						
- davon nach dem KHnFG: EUR 6.136.505,32 (i. V. TEUR 3.098,9)						
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)						
3. sonstige Vermögensgegenstände	295.391,82	28.492.472,89	162.514,70		2.612.818,82	3.796.198,25
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)						
- davon gegenüber dem Krankenhausträger: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)						
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten					2.750.019,61	92.914,99
					3.193.017,32	3.485.103,54
C. Ausgleichsposten nach dem KHG						
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung					175.400,13	277.736,25
					1.719.263,82	1.605.019,59
					24.815.760,71	24.762.982,35
E. Rechnungsabgrenzungsposten						
					0,00	2.584,50
					156.172.240,53	148.524.850,01

Klinikum Südstadt Rostock
Südring 81
18059 Rostock

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018**

Vorjahres-
zahlen

	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	101.404.153,40		95.863.108,35
2. Erlöse aus Wahlleistungen	247.410,46		240.210,22
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	4.126.291,93		4.241.944,23
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	870.543,84		911.263,57
5. Erlöse aus Pflegeleistungen Hospiz	1.025.758,54		1.021.060,73
6. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB	24.968.582,73		23.736.382,21
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre: EUR 0,00 (i.V. TEUR 0,0)			
7. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-404.308,69		6.129,11
8. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 12	0,00		6.485,35
9. Sonstige betriebliche Erträge	4.854.713,02	137.093.145,23	2.584.223,64
10. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	63.842.350,51		60.973.746,31
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	12.401.560,04	76.243.910,55	12.111.660,93
- davon für Altersversorgung: EUR 1.763.486,35 (i. V. TEUR 1.684,4)			
11. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	35.025.637,52		35.094.570,36
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.836.489,18	40.862.126,70	5.449.245,19
Zwischenergebnis		19.987.107,98	14.981.584,62
12. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen		1.510.407,92	1.547.431,44
- davon Fördermittel nach dem KHG: EUR 1.510.407,92 (i. V. TEUR 1.547,4)			
13. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung		329.650,51	329.650,00
14. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbind- lichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		3.247.221,14	3.221.607,77
15. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		1.598.317,19	1.631.636,11
16. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		5.011.538,46	4.652.244,47
17. Sonstige betriebliche Aufwendungen		9.734.212,04	8.022.017,74
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre: EUR 0,00 (i.V. TEUR 0,0)			
Zwischenergebnis		8.730.319,86	5.774.375,51
18. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	508.701,20		9.156,00
- davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)			
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	204.372,59	304.328,61	233.498,19
- davon an verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)			
- davon für Betriebsmittelkredite: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)			
20. Steuern		-2.586.462,96	327.697,50
- davon vom Einkommen und Ertrag: EUR 251.274,88 (i. V. TEUR 315,2)			
21. Jahresüberschuss		11.621.111,43	5.222.335,82

Klinikum Südstadt Rostock



Anhang zum Jahresabschluss 2018

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2018 wurde nach den Vorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches sowie den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (EigVO M-V) aufgestellt.

Der Eigenbetrieb hat vom Wahlrecht nach § 1 Abs. 3 KHBV, auch für Zwecke des Handelsrechts die Gliederungsvorschriften der KHBV für den Jahresabschluss sowie den Anlagenachweis anzuwenden, Gebrauch gemacht.

Der Jahresabschluss besteht aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Anhang, der Finanzrechnung und dem Lagebericht.

Das Klinikum Südstadt Rostock ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Rostock unter der Nummer HRA 1854 eingetragen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden gegenüber dem Vorjahr beibehalten. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt nach den allgemeinen Bestimmungen des HGB unter Berücksichtigung der Sondervorschriften für Krankenhäuser nach der KHBV sowie der Eigenbetriebe nach der EigVO M-V.

Die Bewertung des Anlagevermögens erfolgte zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen. Die Abschreibungen wurden ausschließlich linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer vorgenommen. Zugänge des Sachanlagevermögens werden zeitanteilig abgeschrieben. Anlagegüter mit einem Nettowert von 150 EUR bis 1.000 EUR werden in einem Sammelposten über 5 Jahre abgeschrieben und danach als Abgang gezeigt. Der Anlagepiegel ist Anlage zu diesem Anhang.

Die Nutzungsdauern werden in Orientierung an den amtlichen Afa-Tabellen des Bundesfinanzministeriums angesetzt.

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips. Bei den unfertigen Leistungen werden die Wertansätze retrograd aus den Vergütungen der Krankenhausleistungen ermittelt. Basis bilden der Fallpauschalenkatalog 2018 sowie der Landesbasisfallwert 2018; die Bewertung erfolgt unter Berücksichtigung der Verweildauer und eines Abschlages.

Die Bewertung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erfolgte zum Nennwert. Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet sind, wurden einzelwertberichtigt; auf nicht einzelwertberichtigte Forderungen wurde eine Pauschalwertberichtigung (2 %) vorgenommen.

Die flüssigen Mittel wurden zum Nennwert aktiviert.

Für die vor Inkrafttreten des KHG aus Eigenmitteln getätigten förderfähigen Investitionen wird entsprechend § 5 Abs. 5 KHBV in Höhe der kumulierten Abschreibungen und Verluste aus Anlagenabgängen ein „Ausgleichsposten aus Eigenmittelförderung“ ausgewiesen. Dieser Posten stellt eine nach KHBV zugelassene Bilanzierungshilfe dar. In diesem Zusammenhang gilt die Ausschüttungssperre gemäß HGB.

Als Stammkapital wird das in § 4 der Satzung benannte Stammkapital ausgewiesen.

Fördermittel und Zuschüsse, die nach den Vorschriften des Krankenhausfinanzierungsgesetzes zur Finanzierung der Anschaffung von Anlagevermögen gewährt wurden, sind gemäß der Krankenhaus-Buchführungsverordnung auf der Passivseite der Bilanz als Sonderposten ausgewiesen und werden nach Maßgabe der Abschreibungen der entsprechenden Anlagegüter aufgelöst.

Für die bis 2007 aus Rücklagen finanzierten Investitionen wird ein „Sonderposten für eigenfinanzierte Anlagen“ ausgewiesen und in Höhe der Abschreibungen der jeweiligen Anlagegüter aufgelöst. Für entsprechend ab 2009 finanzierte Investitionen wurde ein solcher Posten nicht mehr gebildet.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten und wurden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet.

Für die Bewertung der Altersteilzeitverpflichtungen bestehender Verträge dienten als biometrische Rechnungsgrundlage die Richttafeln 2018G von Dr. Klaus Heubeck. Der angewandte Rechnungszins betrug 0,88 % (1,43 % bis zum 31.12.2017) für die handelsbilanzielle Bewertung. Es wurde zudem ein Gehaltstrend von 2 % angesetzt. Zudem wurden Altersteilzeitrückstellungen für sogenannte Anwärter (TEUR 764) gebildet. Die Bewertung erfolgte entsprechend den Regelungen der IDW-Stellungnahme IDW RS HFA 3.

Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

III. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Anlagevermögen

Vom Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern gewährte Einzelfördermittel für den „Umbau und Erweiterung des Klinikums Südstadt Rostock“ sind durch Eintragung in die entsprechenden Grundbücher besichert.

Im Grundbuch von Rostock Blatt 37066 sind jeweils zu Gunsten des Landes Mecklenburg-Vorpommern eingetragen:

- erstrangig eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit bis zum 31.12.2025 sowie
- eine jederzeit fällige Buchgrundschuld in Höhe von 74 Mio. EUR nebst 12 % Zinsen jährlich und
- eine Buchgrundschuld in Höhe von 5,4 Mio. EUR nebst 15 % Zinsen jährlich.

Es wurden keine Zuschreibungen und keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen. Fremdkapitalzinsen wurden nicht aktiviert.

Unfertige Leistungen

Unter den unfertigen Leistungen werden Leistungen gegenüber Patienten, die im laufenden Wirtschaftsjahr aufgenommen und im Folgejahr entlassen werden, ausgewiesen.

Forderungen

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht beinhalten Forderungen nach dem Krankenhausentgeltgesetz in Höhe von TEUR 6.136 (i. Vj.: TEUR 3.099).

Die Forderungsübersicht ist Anlage zum Anhang.

Eigenkapital, Sonderposten

Die Gewinnrücklagen wurden entsprechend den Bürgerschaftsbeschlüssen gebildet. Es handelt sich um andere Gewinnrücklagen im Sinne des § 266 Abs. 3 HGB.

Für die bis 2007 aus Rücklagen finanzierten Investitionen wird ein „Sonderposten für eigenfinanzierte Anlagen“ ausgewiesen und in Höhe der Abschreibungen der jeweiligen Anlagegüter aufgelöst.

Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen betreffen Körperschaftsteuer sowie Gewerbe- und Umsatzsteuer für die wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe des Eigenbetriebes.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen in Höhe von TEUR 1.472 (Vorjahr: TEUR 828) Alters-
teilzeitverpflichtungen sowie in Höhe von TEUR 2.478 (Vorjahr: TEUR 2.440) Rückstellungen
für Erlöskürzungen aus MDK-Fällen und TEUR 2.303 (Vorjahr: TEUR 2.188) für Urlaub, Über-
stunden und Bereitschaftsdienste sowie Risiken im Zusammenhang mit umsatzsteuerlicher
Gesetzgebung (TEUR 2.785; Vorjahr TEUR 4.137). Letztere beziehen sich nunmehr insbeson-
dere auf die derzeit nicht abschließend geklärte Umsatzbesteuerung der Abgabe von Blutge-
rinnungsfaktoren.

Im Zusammenhang mit der Steuererstattungen durch das Finanzamt Rostock für vergangene
Jahre sind in 2018 Zinserstattungen beschieden und geflossen. Eine Änderung der vorliegen-
den Zinsbescheide ist möglich, da die der Zinsfestsetzung zugrundeliegenden Steuerbescheide
aufgrund nicht erledigter Einsprüche noch änderbar sind. Die Verfassungsmäßigkeit des ge-
setzlichen Zinssatzes gem. § 238 Abs. 1 AO in Höhe von 6 % ist derzeit Gegenstand mehrerer
Gerichtsverfahren. Für eventuelle Rückzahlungsverpflichtungen wurde eine Rückstellung
(TEUR 616) gebildet.

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (vor BIlMoG, TEUR 1.077) wurden insbe-
sondere für Außenfassaden sowie die Sanierung von Gebäudeteilen gebildet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht beinhalten Verbindlichkeiten
nach dem Krankenhausentgeltgesetz von TEUR 2.795 (i. Vj.: TEUR 3.599) sowie TEUR 398
(Vorjahr: TEUR 85) noch nicht verwendete Fördermittel.

Die Verbindlichkeitenübersicht ist Anlage zum Anhang.

Verpflichtungsermächtigungen bestehen zum Abschlussstichtag nicht.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse beinhalten periodenfremde Ausgleichsbeträge für frühere Wirtschaftsjahre
von TEUR 138 (i. Vj.: TEUR 820).

Unter sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung wer-
den Aufwendungen für Altersversorgung von TEUR 1.763 (i. Vj.: TEUR 1.684) ausgewiesen.

Die Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen beinhalten Fördermittel nach dem KHG von TEUR 1.510 (i. Vj.: TEUR 1.547).

Die Position Steuern enthält Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von TEUR 251 (i. Vj.: TEUR 315).

Für das Wirtschaftsjahr 2018 wird ein Gewinn in Höhe von TEUR 11.621 ausgewiesen.

Aufzinsungen wurden i.H.v. TEUR 7 für Rückstellungen aus Altersteilzeitverpflichtungen vorgenommen.

IV. Sonstige Angaben

Entwicklung des Personals

2018 beschäftigte der Eigenbetrieb im Jahresdurchschnitt 1.423,75 (im Vorjahr 1.385) Arbeitnehmer in folgenden Diensten:

	Durchschnittliche Arbeitnehmerzahl
Ärztlicher Dienst	319,0
Pflegedienst	389,0
med.-techn. Dienst	182,5
Funktionsdienst	201,5
Klinisches Hauspersonal	43,5
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	79,25
Technischer Dienst	19,25
Sonderdienst	2,00
Auszubildende	113,5
Verwaltungsdienst	56,75
Hospiz	17,5
	1.423,75

Das Klinikum ist Pflichtmitglied der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Mecklenburg – Vorpommern mit Sitz in Strasburg (Uckermark).

Die Satzung der ZMV sieht folgende Arten der Betriebsrenten vor:

- Altersrenten für Versicherte
- Erwerbsminderungsrenten für Versicherte
- Hinterbliebenenrenten.

Entwicklung der Umlage- und Beitragssätze						
Jahr	U m l a g e			Z u s a t z b e i t r a g		
	Arbeitgeber	Arbeitnehmer	gesamt	Arbeitgeber	Arbeitnehmer	gesamt
01.01.2018 bis 30.06.2018 TV-Ärzte	1,30 %	0,00 %	1,30 %	0,30 %	4,30 %	4,60 %
01.07.2018 bis 31.08.2018 TV-Ärzte	1,30 %	0,00 %	1,30 %	0,50 %	4,30 %	4,80 %
01.09.2018 bis 31.12.2018 TV-Ärzte	1,30 %	0,00 %	1,30 %	0,40 %	4,40 %	4,80 %
01.01.2018 bis 30.06.2018 TVöD	1,30 %	0,00 %	1,30 %	2,30 %	2,30 %	4,60 %
01.07.2018 bis 31.12.2018 TVöD	1,30 %	0,00 %	1,30 %	2,40 %	2,40 %	4,80 %

Die Summe der umlagepflichtigen Entgelte (ZMV-Regelentgelt) betrug 2018 57.354 TEUR. Gemäß Versicherungsmathematischen Gutachten der RZP Rüss, Dr. Zimmermann und Partner (GbR), beratende Aktuarien ergibt sich eine Deckungslücke von TEUR 31.577 zwischen Erfüllungsbetrag und anteiligem Vermögen.

Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Beschlusslage der Hansestadt Rostock ist für das Ergebnis des Jahres 2018 eine Abführung von TEUR 2.500 in 2019 an die Hanse- und Universitätsstadt vorgesehen.

Das Direktorium schlägt die Zuführung zu den Gewinnrücklagen in Höhe von TEUR 9.121 vor.

Finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB bestehen zum Abschlussstichtag nicht.

Finanzielle Verpflichtungen bestanden zum Stichtag in folgender Höhe: TEUR 7.142. Diese ergeben sich im Wesentlichen aus Wartungsverträgen für Betriebs- und Medizintechnik (TEUR 1.757), aus einem Nutzungsvertrag (TEUR 889) sowie aus Dienstleistungsverträgen (TEUR 3.147).

Drohende finanzielle Belastungen

Drohende finanzielle Belastungen gemäß § 37 Abs. 3 Nr. 2 EigVO M-V, für die keine entsprechenden Rückstellungen für Großreparaturen, Rekultivierungs- und Entsorgungsaufwendungen, unterlassene Instandhaltungen gebildet wurden, sind nicht zu verzeichnen in Bezug auf Vermögensgegenstände, für die keine Wertminderung möglich ist.

Gesetzliche und vertragliche Einschränkungen zu den in der Bilanz ausgewiesenen Grundstücken und Gebäuden

Die Gebäude und Grundstücke des Klinikum Südstadt Rostock unterliegen Einschränkungen hinsichtlich ihrer Nutzung, Verfügbarkeit und Verwertbarkeit gem. § 25 Abs. 3 Nr. 3 EigVO M-V, als sie der Sicherstellung der bedarfsgerechten Krankenhausversorgung im Rahmen der Krankenhausplanung des Landes dienen. Soweit die Gebäude mit krankenhausspezifischen Fördermitteln des Landes finanziert wurden, unterliegen die Gebäude der Zweckbindung im Rahmen der Krankenhausplanung.

Klinikleitung

Die Geschäfte des Klinikums werden durch das Direktorium geführt.

Dem Direktorium gehören an:

Verwaltungsdirektor	Herr Dipl.-Kaufm. Steffen Vollrath,
Ärztlicher Direktor	Herr Prof. Dr. med. habil. Hans-Christof Schober bis 31.12.2018
Pflegedienstdirektorin	Frau Dipl. Pflegefachwirtin Sylvia Waterstradt.

Seit dem 01.01.2019 ist die Funktion des ärztlichen Direktors mit Prof. Dr. med. habil. Jan Patrick Roesner neu besetzt.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Direktoriums betrugen 2018 TEUR 582,3.

Klinikausschuss

Der Klinikausschuss ist ein beschließender Ausschuss, dem folgende Mitglieder angehören:

Herr Torsten Sohn, Vorsitzender

Herr Dr. Helmut Schmidt, Arzt
stellv. Vorsitzender

Drohende finanzielle Belastungen

Drohende finanzielle Belastungen gemäß § 37 Abs. 3 Nr. 2 EigVO M-V, für die keine entsprechenden Rückstellungen für Großreparaturen, Rekultivierungs- und Entsorgungsaufwendungen, unterlassene Instandhaltungen gebildet wurden, sind nicht zu verzeichnen in Bezug auf Vermögensgegenstände, für die keine Wertminderung möglich ist.

Gesetzliche und vertragliche Einschränkungen zu den in der Bilanz ausgewiesenen Grundstücken und Gebäuden

Die Gebäude und Grundstücke des Klinikum Südstadt Rostock unterliegen Einschränkungen hinsichtlich ihrer Nutzung, Verfügbarkeit und Verwertbarkeit gem. § 25 Abs. 3 Nr. 3 EigVO M-V, als sie der Sicherstellung der bedarfsgerechten Krankenhausversorgung im Rahmen der Krankenhausplanung des Landes dienen. Soweit die Gebäude mit krankenhausspezifischen Fördermitteln des Landes finanziert wurden, unterliegen die Gebäude der Zweckbindung im Rahmen der Krankenhausplanung.

Klinikleitung

Die Geschäfte des Klinikums werden durch das Direktorium geführt.

Dem Direktorium gehören an:

Verwaltungsdirektor	Herr Dipl.-Kaufm. Steffen Vollrath,
Ärztlicher Direktor	Herr Prof. Dr. med. habil. Hans-Christof Schober bis 31.12.2018
Pflegedienstdirektorin	Frau Dipl. Pflegefachwirtin Sylvia Waterstradt.

Seit dem 01.01.2019 ist die Funktion des ärztlichen Direktors mit Prof. Dr. med. habil. Jan Patrick Roesner neu besetzt.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Direktoriums betrugen 2018 TEUR 582,3.

Klinikausschuss

Der Klinikausschuss ist ein beschließender Ausschuss, dem folgende Mitglieder angehören:

Herr Torsten Sohn, Vorsitzender

Herr Dr. Helmut Schmidt, Arzt
stellv. Vorsitzender

Frau Dr. Cathleen Kiefert-Demuth, Geschäftsführerin, Mitglied bis zum 30.04.2018

Herr Detlev Harms

Frau Kristin Schröder, Wahlkreismitarbeiterin

Herr Jan-Hendrik Brincker, Geschäftsführer

Prof. Dr. Ralf Friedrich, im Ruhestand

Herr Dr. Pascha Naghiyev

Frau Sonja Schweinitz, Mitglied bis zum 06.12.2018

Herr Kay Nadolny

Herr Torsten Freitag, Mitglied seit dem 02.05.2018

Der Eigenbetrieb hat keine Bezüge aus der Position als Ausschussmitglied gewährt.

Honorar des Abschlussprüfers

Für die Abschlussprüfung wurden in 2018 19 TEUR (netto) abgerechnet. Weitere Leistungen wurden nicht vom Abschlussprüfer erbracht und abgerechnet.

Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten, die weder in der Gewinn- und Verlustrechnung, noch in der Bilanz berücksichtigt sind.

Rostock, im Februar 2019


Steffen Vollrath
Verwaltungsdirektor


Prof. Dr. Jan Patrick Roesner
Ärztlicher Direktor


Sylvia Waterstradt
Pflegedienstleiterin

Entwicklung des Anlagevermögens nach Anlagegruppen 2018

	Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Anfangs-stand	Zugang	Um-buchungen	Abgang	End-stand	Anfangs-stand	Abschrei-bungen des Geschäftsjahres	Abgang	End-stand	Stand am
	01.01.2018 EUR	EUR	EUR	EUR	31.12.2018 EUR	01.01.2018 EUR	EUR	EUR	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.776.894,71	387.636,65	3.570,00	85.174,05	3.082.927,31	2.380.162,69	338.779,65	85.174,05	2.633.768,29	396.732,02
2. geleistete Anzahlungen	3.570,00	0,00	-3.570,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.570,00
	<u>2.780.464,71</u>	<u>387.636,65</u>	<u>0,00</u>	<u>85.174,05</u>	<u>3.082.927,31</u>	<u>2.380.162,69</u>	<u>338.779,65</u>	<u>85.174,05</u>	<u>2.633.768,29</u>	<u>400.302,02</u>
II. Sachanlagen										
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	124.782.224,51	227.873,09	0,00	0,00	125.010.097,60	40.265.110,28	2.541.711,00	0,00	42.806.821,28	84.517.114,23
2. Grundstücke mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	1.134.757,20	0,00	0,00	0,00	1.134.757,20	391.447,88	11.086,00	0,00	402.533,88	743.309,32
3. Grundstücke ohne Bauten	2.248.792,47	0,00	0,00	0,00	2.248.792,47	0,00	0,00	0,00	0,00	2.248.792,47
4. Technische Anlagen	3.640.026,75	21.008,74	0,00	0,00	3.661.035,49	973.578,75	198.342,74	0,00	1.171.921,49	2.666.448,00
5. Einrichtungen und Ausstattungen	32.639.349,86	1.996.875,07	0,00	561.109,52	34.075.115,41	25.104.640,03	1.921.619,07	561.109,01	26.465.150,09	7.534.709,83
	<u>164.445.150,79</u>	<u>2.245.756,90</u>	<u>0,00</u>	<u>561.109,52</u>	<u>166.129.798,17</u>	<u>66.734.776,94</u>	<u>4.672.758,81</u>	<u>561.109,01</u>	<u>70.846.426,74</u>	<u>95.283.371,43</u>
	<u>167.225.615,50</u>	<u>2.633.393,55</u>	<u>0,00</u>	<u>646.283,57</u>	<u>169.212.725,48</u>	<u>69.114.939,63</u>	<u>5.011.538,46</u>	<u>646.283,06</u>	<u>73.480.195,03</u>	<u>98.110.675,87</u>

Entwicklung des Anlagevermögens nach Finanzierungsarten 2018

Bezeichnung	Anfangsstand 01.01.2018		Zugang	Um- buchungen		Abgang		Endstand 31.12.2018	Anfangsstand 01.01.2018		Abschrei- bungen des Geschäftsjahres	Um- buchungen		Entnahme für Abgänge		Endstand 31.12.2018	Stand am 31.12.2018		Stand am 31.12.2017	
	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR
§ 9 Abs. 1 KHG Einzelfördermittel	81.381.369,88		0,00		0,00	2.562,14	81.378.807,74	25.893.628,36	1.753.371,00	0,00	2.562,14	27.644.437,22	53.734.370,52	55.487.741,52						
§ 9 Abs. 3 KHG, PauschalFM	20.321.338,21	1.222.154,85		3.570,00		459.344,98	21.087.718,08	14.999.146,60	1.398.475,85	0,00	459.344,98	15.938.277,47	5.149.440,61	5.322.191,61						
öffentliche Zuschüsse	4.022.659,64		0,00		0,00		4.022.659,64	2.819.214,62	62.633,00	0,00		2.881.847,62	1.140.812,02	1.203.445,02						
Zuwendungen Dritter/Spenden	393.809,32	176.097,29		0,00	0,00		569.906,61	174.924,10	31.104,29	0,00		206.028,39	363.878,22	218.885,22						
Eigenmittel aus Investitionsrücklage	718.803,93		0,00		0,00		718.803,93	717.053,93	1.637,00	0,00		718.690,93	113,00	1.750,00						
Eigenmittel vor KHG, förderfähig	34.752.547,27		0,00		0,00	986,79	34.751.560,48	16.426.952,29	329.650,00	0,00	986,79	16.755.616,01	17.995.944,47	18.325.594,98						
Eigenmittel	25.635.087,25	1.235.141,41		-3.570,00		183.389,66	26.683.269,00	8.084.019,73	1.434.667,32	0,00	183.389,66	9.335.297,39	17.347.971,61	17.551.067,52						
	167.225.615,50	2.633.393,55			0,00	646.283,57	169.212.725,48	69.114.939,63	5.011.538,46	0,00	646.283,57	73.480.195,03	95.732.530,45	98.110.675,87						

Forderungsübersicht 2018

lfd. Nr.		Bilanzwert	Bilanzwert	vorgenom- mene Wertbe- richti- gungen	Forderungen zum Ende des Wirtschaftsjahres		
					davon mit einer Restlaufzeit		
	Bezeichnung	zum Ende des Vorjahres	zum Ende des Wirt- schafts- jahres	für das Wirt- schafts- jahr	bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren
		in TEUR					
1	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	24.159,8	22.060,6	1.534,3	22.060,6	0,0	0,0
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen	-	-	-	-	-	-
	b) privatrechtliche Forderungen	24.159,8	22.060,6	1.534,3	22.060,6	0,0	0,0
2	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen	-	-	-	-	-	-
	b) privatrechtliche Forderungen	-	-	-	-	-	-
3	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Be- teilungsverhältnis besteht	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen	-	-	-	-	-	-
	b) privatrechtliche Forderungen	-	-	-	-	-	-
4	Forderungen gegen die Gemeinde und deren Sondervermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen	-	-	-	-	-	-
	b) privatrechtliche Forderungen	-	-	-	-	-	-
5	Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungs- recht	3.098,9	6.136,5	0,0	6.136,5	0,0	0,0
6	Sonstige Vermögensgegenstände	162,5	295,4	0,0	295,4	0,0	0,0
7	Summe Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände	27.421,2	28.492,5	1.534,3	28.492,5	0,0	0,0

Verbindlichkeitenübersicht 2018

lfd. Nr.	Bezeichnung	Verbindlichkeiten zum 31.12. 2018				Stand zum 31.12. 2018 (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12. 2018	Stand zum 31.12. 2018 (Bilanzwert)	davon durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte	Art und Form der Sicherheit	Stand zum 31.12. 2017 (Bilanzwert)
		mit einer Restlaufzeit von über einem bis zu fünf Jahren			von mehr als fünf Jahren						
		bis zu einem Jahr	mit einer Restlaufzeit von über einem bis zu fünf Jahren								
in TEUR											
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	853,8	3.229,2	10.282,3	14.365,3	0,0	14.365,3	0,0	0,0	0,0	15.306,0
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr										940,8
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.612,8	0,0	0,0	2.612,8	0,0	2.612,8	0,0	0,0	0,0	3.796,2
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr										3.796,2
3.	Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger	2.750,0	0,0	0,0	2.750,0	0,0	2.750,0	0,0	0,0	0,0	92,9
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr										92,9
4.	Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	3.193,0	0,0	0,0	3.193,0	0,0	3.193,0	0,0	0,0	0,0	3.685,1
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr										3.685,1
5.	Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	175,4	0,0	0,0	175,4	0,0	175,4	0,0	0,0	0,0	277,7
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr										277,7
6.	Sonstige Verbindlichkeiten	1.719,3	0,0	0,0	1.719,3	0,0	1.719,3	0,0	0,0	0,0	1.605,0
	davon:										
a)	mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.719,3									1.602,6
b)	aus Steuern	1.028,0									1.123,0
c)	im Rahmen der sozialen Sicherheit	273,9									267,8
7.	Summe der Verbindlichkeiten	11.304,3	3.229,2	10.282,3	24.815,8	0,0	24.815,8	0,0	0,0	0,0	24.762,9

Klinikum Südstadt Rostock
 Südring 81
 18059 Rostock

Finanzrechnung 2018

	Bezeichnung	-in TEUR-	-in TEUR-
		2018	2017
1	Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten	8.730	5.222
2	Erstattung Umsatzsteuer	2.891	0
3	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	5.012	4.652
4	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-3.247	-3.222
5	Erträge aus der Auflösung von Ausgleichsposten	-330	-330
6	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0
7	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	0	0
8	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-576	-4.788
9	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	245	85
10	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.509	696
11	Erträge aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen (-)	0	-7
12	Ertragsteueraufwand (+) / -ertrag (-)	251	315
13	Ertragsteuerzahlungen (-) / -erstattungen (+)	-171	-548
14	gezahlte Zinsen (+)	204	234
15	erhaltene Zinsen (-)	-509	-9
16	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	10.991	2.302
17	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-2.246	-2.407
18	(-) Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-388	-201
19	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen = Einzel- und Pauschalfördermittel	1.398	1.806
20	(+) erhaltene Zinsen	509	9
21	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-727	-793
22	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0	-3.500
23	(+) Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Investitionskrediten	0	0
24	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-941	-965
25	(+) Erträge aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	0	7
26	(-) gezahlte Zinsen	-204	-234
27	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-1.145	-4.692
28	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 16,21,27)	9.119	-3.183
29	(-) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	2.398	5.581
30	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	11.517	2.398

Klinikum Südstadt Rostock



Lagebericht für das Jahr 2018

I. Grundlagen des Eigenbetriebes

Das Klinikum Südstadt Rostock wird als Eigenbetrieb der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ohne eigene Rechtspersönlichkeit geführt. Es verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke gem. § 51 ff. der Abgabenordnung.

Das in den Eigenbetrieb eingebrachte Stammkapital beträgt 12.500 TEUR.

Das Klinikum wird durch das Direktorium geleitet, welches grundsätzlich aus drei Mitgliedern besteht:

- dem Verwaltungsdirektor als Erster Krankenhausleiter, Herrn Dipl.-Kaufm. Steffen Vollrath;
- dem Ärztlichen Direktor, Herrn Prof. Dr. Hans-Christof Schober bis zum 31.12.2018, Herrn Prof. Dr. Jan Patrick Roesner ab dem 01.01.2019;
- der Pflegedienstleiterin, Frau Dipl.-Pflegerin Sylvia Waterstradt.

Dem Ersten Krankenhausleiter obliegt die Geschäftsführung im Direktorium, er vertritt die Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Angelegenheiten des Krankenhausbetriebes.

Der Eigenbetrieb Klinikum Südstadt Rostock unterhält das Klinikum sowie das Hospiz am Klinikum Südstadt Rostock, beides am Standort Rostock, Südring 81.

Träger des Klinikums ist die Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

In den aktuellen Krankenhausplan des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind derzeit insgesamt 37 Krankenhäuser aufgenommen worden.

Der Bescheid des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit M-V vom 14.11.2017 über die Aufnahme in den Krankenhausplan 2012 des Landes Mecklenburg-Vorpommern sieht eine Kapazitätserhöhung von 16 zusätzlichen vollstationären Betten im intensivmedizinischen und peripheren Bereich vor. Gleichzeitig erfolgte eine Umwidmung zweier Betten.

Die Gesamtkapazität des Hauses erhöhte sich damit von ehemals 448 auf nunmehr 464 Planbetten in den Fachabteilungen:

- Anästhesiologie und Intensivmedizin 41
- Chirurgie 75
- Frauenheilkunde und Geburtshilfe 100
- Innere Medizin 161
- Kinder- und Jugendmedizin (als Neonatologie und Schlaflabor) 33
- Orthopädie/Unfallchirurgie 54
 - o darunter ITS/IMC-Betten 41

49 Tagesklinikplätze:

- 2 Diabetologie
- 11 Onkologie
- 20 Rheumatologie
- 16 Schmerztherapie.

Als besondere Aufgaben des Klinikums wurden das Perinatalzentrum (Level 1) sowie die Adipositas-Chirurgie benannt.

Mit der Aufnahme in den Krankenhausplan sind auch die Voraussetzungen für die Förderung des Krankenhauses nach dem dritten Abschnitt des Landeskrankenhausesgesetzes gegeben.

Gemäß Bescheid des Sozialministeriums vom 23.08.2012 über die Feststellung der Anzahl förderungsfähiger Ausbildungsplätze an der Ausbildungsstätte des Klinikums Südstadt sind weiterhin 586 Ausbildungsplätze in den Fachrichtungen:

- Hebamme, Entbindungspfleger
- Physiotherapeutin, Physiotherapeut
- Gesundheits- und Krankenpflegerin, Gesundheits- und Krankenpfleger
- Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger
- Medizinisch-technische Radiologieassistentin, Medizinisch-technischer Radiologieassistent

förderungsfähig.

Durch die Kassenärztliche Vereinigung wurden den Krankenhausärzten in verschiedenen Fachgebieten befristete persönliche Ermächtigungen für die Erbringung von ambulanten Leistungen erteilt. Zudem wurden dem Klinikum Südstadt Institutsermächtigungen zum Betreiben einer Onkologischen Fachambulanz (gem. § 311 Abs. 2 SGB V), einer Rheumasprechstunde in Parchim, der Notfallambulanz sowie einer Ambulanz und Poliklinik der Universitätsfrauenklinik erteilt.

Der Eigenbetrieb betreibt das Hospiz mit 10 Plätzen. Das Hospiz ist eine Einrichtung im Sinne des § 1 Heimgesetz.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Klinikum Südstadt Rostock ist Plankrankenhaus im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und unterliegt damit für den Bereich der Leistungserbringung der Branchenentwicklung im Gesundheitswesen und der entsprechenden bundes- und landesweiten Gesetzgebung. Kaum ein anderer Wirtschaftszweig in Deutschland ist solch zahlreichen Reformen und Veränderungen unterworfen wie die Gesundheitswirtschaft.

Durch staatliche Regelungen für diesen Bereich müssen sich Leistungsträger und Versicherte stets neuen Rahmenbedingungen anpassen und sind nahezu jährlich mit einer Reihe von Änderungen, neuen Gesetzen oder Verordnungen konfrontiert.

Die Kosten im Gesundheitswesen unterliegen, u.a. im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung der Bevölkerung sowie dem medizinischen Fortschritt, einem ständigen Kostensteigerungsprozess. Dabei stehen sich im Wesentlichen die Interessen der Krankenhäuser, die Kosten der bestmöglichen Versorgung der Patienten zu decken sowie die Interessen der Krankenkassen, Kostensteigerungen zu minimieren, gegenüber. Dazu kommt im Rahmen der in Deutschland geltenden dualen Finanzierung – die Finanzierung von Investitionen ist gesetzlich über Landesfördermittel geregelt – die Finanzknappheit der Länder bei der Vergabe von Fördermitteln.

Hinsichtlich gesetzlicher Vorgaben kommen in 2018 und Folgejahren im Wesentlichen die Auswirkungen des zum 01. Januar 2016 in Kraft getretenen „Gesetz zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung – Krankenhausstrukturgesetz“ zum Tragen.

Aktuelle Änderungen ergeben sich derzeit aus der Einführung des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes (PpSG) zum 01.01.2019 sowie für den Bereich der Ausbildung und Ausbildungsfinanzierung des Pflegeberufe-Reformgesetzes.

Das PpSG führt zu Änderungen diverser Gesetze und regelt beispielsweise die Einführung von Pflegepersonaluntergrenzen, die Refinanzierung von Personalaufstockungen im Pflegebereich sowie die Refinanzierung von Ausbildungsvergütungen im ersten Ausbildungsjahr.

Das Pflegeberufe-Reformgesetz regelt im Wesentlichen die Ablösung der Ausbildung der Berufe Gesundheits- und Krankenpfleger, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger sowie Altenpfleger durch eine sog. „generalistische Ausbildung“. Hiermit im Zusammenhang wurde die Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung verabschiedet, welche neben einer Fondsbildung auch die Möglichkeit einheitlicher landesweiter Pauschalen zur Finanzierung der praktischen und theoretischen Ausbildung des neuen Ausbildungsberufes eröffnet.

Wesentliche gesetzliche branchenbezogene Grundlagen für den Eigenbetrieb sind zudem das Krankenhausfinanzierungsgesetz sowie das Krankenhausentgeltgesetz und das Landeskrankenhausgesetz M-V.

Unter diesen Rahmenbedingungen, den hohen Ansprüchen an Wirtschaftlichkeit und erforderlicher Innovation wie auch dem steigenden Wettbewerb hat das Klinikum Südost Rostock die bedarfsgerechte und bestmögliche Versorgung der Bevölkerung in einem leistungsfähigen Krankenhaus bei wirtschaftlicher Führung sicher zu stellen.

2. Geschäftsverlauf

Die Budgetverhandlungen für alle Krankenhäuser im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wurden im Jahr 2018 wie in den Vorjahren spät geführt. Einige Häuser verhandeln auch wieder bis in das Folgejahr 2019.

Wie bereits in den Jahren zuvor, gab es bereits im Berichtsjahr 2018 mehrere Versuche der Einigung zwischen den Kostenträgern und der Landeskrankengesellschaft hinsichtlich des 2018er Landesbasisfallwertes. Eine abschließende Einigung konnte durch die agierenden Vertreter auf Landesebene leider nicht wie im Vorjahr bis Ende des Jahres 2017 erreicht werden, so dass dadurch eine prospektive Verhandlungsgestaltung für 2018 unmöglich war.

Eine Einigung zum Landesbasisfallwert 2018 konnte durch die beteiligten Krankenkassen und die Krankenhausgesellschaft MV erst nach mehreren Verhandlungsrunden im Frühsommer des laufenden Jahres vor der Schiedsstelle gefunden werden. Im Zuge der Schiedsstellenverhandlung im Sommer 2018 einigten sich die Parteien auf einen Landesbasisfallwert 2018 von 3.446,50 EUR (ohne Ausgleich). bzw. von 3.451,86 EUR (mit Ausgleich).

Durch das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales wurde dieser Wert am 22.06.2018 und in einer Höhe von 3.451,86 EUR (mit Ausgleich) dann auch zum 01. Juli 2018 in Kraft gesetzt.

Wie in Vorjahren erfolgte eine Auftrennung der Budgetverhandlung in zwei Bereiche:

a) Leistungsbudget

Im Bereich des Leistungsbudgets (voll- und teilstationäre Fälle, Zusatzentgelte, etc.), konnte man sich auch in 2018 auf ein endgültiges Leistungsmengengerüst einigen:

Grundsätzliches Ziel der Budgetverhandlungen 2018 war, analog der Vorjahre, die konsequente Festigung und Ausbau des bisherigen Leistungsspektrums. In 2018 konnte eine merkliche Leistungserweiterung in einzelnen Fachgebieten erreicht werden. Im Jahr 2017 war inklusive der Überlieger ein DRG-Mengengerüst von 26.176,588 Bewertungsrelationen und im Jahr 2018 von 26.667,313 Bewertungsrelationen geeint. Durch den späten Verhandlungstermin konnten die vereinbarten Leistungen auf der Grundlage der IST-Daten des 30.06. bzw. 31.08.2018 gesichert geplant und zur Verhandlung vorbereitet werden.

Im Leistungsbereich, dem vollstationären Krankenhaussektor, konnte in der Budgetverhandlung die Entwicklung in Form von Fallzahl- und Schweregradfestigungen in fast allen Bereichen verhandelt werden. Der Schweregrad (cmi) des Hauses konnte mit einem Wert von 1,037 gegenüber 1,034 im Vorjahr über alle Fälle (In- und Überlieger) geeint werden.

Die Behandlung komplizierter Fälle, insbesondere der Orthopädie, Unfallchirurgie und Traumatologie, zeichnet das Bild eines Hauses, welches immer spezialisierter im Großraum Rostock wahrgenommen wird und entsprechende Patienten in der Zuweisung der Niedergelassenen erhält.

b) Ausbildungsbudget:

Über das Ausbildungsbudget konnte wieder schnell Einigung erzielt werden. Die Verhandlungen über das Volumen des krankenhausesindividuellen Ausbildungsbudgets zur Finanzierung der Ausbildungsstätten fanden zeitgleich im Herbst 2018 statt. Im Ergebnis wurden die Vereinbarungsunterlagen gem. § 17a KHG für das Jahr 2018 erstellt. Die Genehmigung durch das Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales M-V steht zum 01. März 2019 an.

Dem vereinbarten Ausbildungsbudget liegen folgende Daten zugrunde:

Gesamtbetrag für das Ausbildungsbudget 2018	
ohne Ausgleichs in Höhe von	2.938.340 EUR
davon:	
- Kosten der Ausbildungsstätten	1.480.310 EUR
- Kosten der Ausbildungsvergütung	1.458.030 EUR

Neben den Ergebnissen der Vereinbarungen zu den Leistungs- und Ausbildungszahlen ist darauf hinzuweisen, dass wie bereits in Vorjahren nicht alle gesetzlich bedingten Kostensteigerungen, wie z.B. die Tarifierhöhungen, aufgrund der Krankenhausgesetzgebung mit den Kostenträgern zu 100 Prozent (vgl. oben) verhandelbar waren.

Leistungsentwicklung

Die Leistungskennzahlen 2018 haben sich gegenüber 2017 wie folgt entwickelt:

	2018	2017
a) Betrachtung nach KHEntg (DRG-Methodik)		
- Anzahl Katalog-DRG	25.462	25.056
- Anzahl freiverhandelbarer DRG	7	13
b) Betrachtung nach BpflVO (Mitternachtsstatistik-Methodik)		
- vollstationär (ohne gesunde Neugeborene)		
Behandlungstage	138.989	140.255
Fallzahl (L1)	23.329	22.578
Verweildauer	5,96	6,21
- teilstationär		
Behandlungstage	11.376	10.854
- Vor- und nachstationäre Behandlung		
Fallzahl vorstationär (rein)	5.351	5.052
- Anzahl der geborenen Kinder	3.096	3.169
- Nutzungsgrad Planbetten vollstationär (ohne ges. NG)	82,1 %	83,5 %
- Ølich belegte Betten, vollstationär	381	384
- Nutzungsgrad Planbetten teilstationär	92,5%	88,25 %
- Ølich belegte Betten, teilstationär	45	42

Zum Nutzungsgrad der Betten sei angemerkt, dass es sich hier um die gesetzlich vereinheitlichte Betrachtung nach Planbetten ohne die gesunden Neugeborenen handelt.

Die gewollte Verlagerung der stationären Behandlung in Verbindung mit operativer Tätigkeit in den ambulanten Bereich wurde im Jahr 2018 wieder durch die Bereiche der Gynäkologie und der Traumatologie getragen.

3. Wirtschaftliche Lage

a) Ertragslage

Das Klinikum hat im Wirtschaftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 11.621 erwirtschaftet. Dies lag deutlich (TEUR 9.121) über der Prognose sowie mit TEUR 6.399 über dem Vorjahresergebnis.

Der Landesbasisfallwert ist von EUR 3.347,85 auf EUR 3.451,86 und damit um EUR 104,01 gestiegen. Die Vereinbarungen über das Ausbildungsbudget 2018 sowie die Entgeltvereinbarung gemäß § 11 KHEntg für das Jahr 2018 sind formuliert und liegen derzeit zur Unterschrift vor. Das Wirksamwerden ist zum 01.03.2019 geplant.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 5.541 gestiegen. Dies ist insbesondere auf Leistungssteigerungen sowie auf den deutlich erhöhten Landesbasisfallwert zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse nach § 277 HGB sind um TEUR 1.232 gestiegen. Ursächlich hierfür sind insbesondere gegenüber dem Vorjahr höhere Umsätze aus der Fremd- und Ambulanzversorgung durch die Apotheke (+TEUR 635).

Dem stehen Personalkostensteigerungen i.H.v. TEUR 3.158 gegenüber, die insbesondere auf tarifliche Erhöhungen zurückzuführen sind: Für das Geschäftsjahr 2018 kam es im Bereich des TVöD-K zu einer Erhöhung der Tabellenentgelte in der allgemeinen Entgelttabelle zum 01.03.2018 um Werte von zwischen 2,85 % und bis zu 5,7 %, durchschnittlich 3,19 %. Ebenso wurden die Ausbildungsvergütungen unterjährig angehoben. Für den Bereich des ärztlichen Personals wurden zum 01.05.2018 die Entgelte um ca. 0,7 % angehoben.

Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 318 und damit unterproportional gestiegen. Er folgt damit grundsätzlich den Umsatzerlösen, insbesondere auch den Umsatzerlösen nach § 277 HGB aus der Apothekenversorgung. In 2018 wurden insbesondere für den Bereich der bezogenen Leistungen Preise neu verhandelt und somit in mehreren Positionen Kostensenkungen erzielt.

Die Erlössituation der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe trägt wie in Vorjahren zum positiven Ergebnis des Eigenbetriebes bei.

Die Ertragslage des Eigenbetriebes ist insgesamt weiterhin positiv. Der Jahresüberschuss ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 6.399 gestiegen. Das Ergebnis aus dem Betriebsbereich wirkt sich in diesem Rahmen mit einer Steigerung von TEUR 1.077 aus. Während das Jahresergebnis im Vorjahr nur unwesentlich durch besondere Effekte beeinflusst war, sind in diesem Wirtschaftsjahr insbesondere der erhebliche Anstieg des Landesbasisfallwertes um EUR 104,01 bzw. 3,11 %, zusammen mit hohen Leistungssteigerungen, sowie auch wesentliche Steuererstattungen und Zinszahlungen für Vorjahre als positiv ergebnisbeeinflussend zu nennen.

Im Wirtschaftsjahr 2018 sind im Zusammenhang mit der in Vorjahren durch Rückstellungsbildung abgebildeten umsatzsteuerlichen „Zytostatikaproblematik“ Steuererstattungen für vergangene Jahre in entsprechender Höhe geflossen, um Risiken aus den zugrundeliegenden Leistungsbeziehungen und Verträgen bzw. Ansprüche der Kostenträger grundsätzlich ausgleichen zu können.

Insofern war die in Vorjahren gebildete Rückstellung in wesentlichen Teilen ergebniswirksam aufzulösen. Gleichmaßen zeigen sich neue steuerliche Themen und Risiken aus geänderter Rechtsprechung im Zusammenhang mit der Arzneimittelversorgung (Blutgerinnungsfaktoren) auf, die durch Rückstellungsbildung im vorliegenden Jahresabschluss abgebildet wurden. Das Jahresergebnis wird hiervon im Saldo in Höhe von TEUR 700 negativ beeinflusst.

Vor dem Hintergrund, dass die Verfassungsmäßigkeit der Erstattungszinsen des Finanzamtes derzeit nach mehreren anderslautenden Urteilen unsicher ist, wurden auch hierfür entsprechende Beträge zurückgestellt.

Bei einer Steigerung der Umsatzerlöse um TEUR 6.629 ist die Personalaufwandsquote (Personalaufwand*100/Umsatzerlöse) mit 57,5 % (Vorjahr 58,0 %) leicht gesunken und die Materialaufwandsquote ist mit 30,8 % (Vorjahr 32,2 %) ebenfalls gesunken. Aus dem Betriebsbereich (ohne Fördermittel, Finanz- und neutralen Bereich) ist in 2018 ein Überschuss von TEUR 5.734 (Vorjahr: TEUR 4.656) zu verzeichnen.

Personalentwicklung

Zur Erbringung der Leistungen des Klinikums standen im Jahr 2018 durchschnittlich 998 Vollkräfte (Vorjahr: 1.009 VK, jeweils inkl. Mitarbeiter Forschung und Lehre) zur Verfügung. Damit sank der Personalbestand, das Krankenhaus betreffend, im Jahresmittel um ca. 11 Vollkräfte bzw. etwa 1,1 %.

Folgende Tabelle zeigt die Personalentwicklung in den einzelnen Dienstarten:

	2017 Vollkräfte Anzahl	2018 Vollkräfte Anzahl	Veränderung %
Ärztlicher Dienst	213,6	212,7	- 0,42
Pflegedienst (ohne Schüler, inkl. MDA)	313,6	309,1	- 1,46
Medizinisch-technischer Dienst	153,9	149,6	- 2,87
Funktionsdienst	155,4	157,6	+ 1,40
Klinisches Hauspersonal	34,9	35,7	+ 2,24
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	67,7	65,9	- 2,73
Technischer Dienst	18,7	18,6	- 0,54
Verwaltungsdienst	49,4	46,7	- 5,78
Sonderdienste	2,0	2,0	+/- 0,00
Summe Krankenhaus	1.009,2	997,9	- 1,13
Hospiz	13,8	14,8	+/- 0,00
Eigenbetrieb insgesamt	1.023,0	1.012,7	- 1,12
nachrichtlich: Auszubildende (Personen)	110,5	110,0	- 0,45

Die leichte Verringerung des Personalbestandes gegenüber dem Vorjahr betraf hauptsächlich den Verwaltungsdienst. Hier konnte in einigen Bereichen durch verbesserte Strukturen und Abläufe die Effizienz gesteigert werden.

Im Übrigen ist festzustellen, dass der Personalbestand in der Summe in den einzelnen Dienstarten sehr konstant ist und sich nur marginale Änderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben haben.

Insgesamt ergab sich eine moderate Verringerung der Vollkräftezahl von 11 VK, etwa 1,1 %, wovon allein 2,7 VK auf den Verwaltungsdienst entfallen.

Zur zahlenmäßigen Entwicklung der Belegschaft sowie zu den Personalkosten verweisen wir auf den Anhang und die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2018. Der Stellenplan wies für 2018 1.022,3 Vollzeitkräfte aus; im Jahresdurchschnitt wurden 1.012,7 Vollzeitkräfte beschäftigt.

b) Finanzlage

Investitionen und Finanzierung

Die Finanzierung von langfristigen Investitionen wie Neubauten, wesentliche Neuanschaffungen in Ausstattungen sowie von umfangreichen Sanierungsmaßnahmen ist gesetzlich über Einzelfördermittel der Länder geregelt.

In 2018 wurden keine Bauvorhaben von wesentlicher Bedeutung umgesetzt. Einzelfördermittel wurden nicht beschieden. Diesbezüglich wurden Anträge für die Vorhaben „Neubau Küche/Erweiterung Notfallambulanz und Bettenerweiterungsbau 1“ mit Datum vom 25.09.2018 an das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit M-V gestellt. Antworten stehen derzeit noch aus.

Pauschalfördermittel dienen der Finanzierung von Wiederbeschaffungen und werden jährlich durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern beschieden und bereitgestellt. Die Höhe orientiert sich dabei am Budgetvolumen des Krankenhauses. Mit Fördermittelbescheid vom 28.05.2018 wurden pauschale Fördermittel zur zweckentsprechenden Verwendung für das laufende Jahr zugesagt. Die Fördersumme wurde in 2018 nahezu ausgeschöpft bzw. ist bereits kurzfristig verplant. Zudem wurden Investitionen aus Eigenmitteln finanziert.

Die Situation bezüglich der gesetzlich geregelten Finanzierung der Krankenhausinvestitionen durch die Bundesländer bleibt unzureichend. Die Höhe der Pauschalfördermittel stagniert nahezu und reicht nicht aus, um den laufenden jährlichen Investitionsbedarf abzudecken. Hinsichtlich der Förderung über Einzelfördermittel hoffen wir auf eine positive Entscheidung durch den Fördermittelgeber hinsichtlich der o.g. Anträge.

Bei unklarer Förderquote werden auch in Zukunft verstärkt Eigenmittel und Darlehen für Investitionen einzusetzen sein, um Strukturen und Ausstattungen vorzuhalten, die eine bedarfs- und leistungsgerechte und dem medizinischen und medizintechnischen Fortschritt entsprechende Versorgung gewährleisten.

Finanzlage

Der Liquiditätsbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um insgesamt TEUR 9.119 verbessert und ist zum Stichtag mit TEUR 11.517 positiv. Der Liquiditätsgrad ersten Grades (Flüssige Mittel*100/kurzfristiges Fremdkapital) liegt zum 31.12.2018 bei 55,8 % (Vorjahr 11,9 %).

Der Cash-Flow für 2018 setzt sich wie folgt zusammen:

Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit:	TEUR	10.993
Mittelzufluss aus Investitionstätigkeit:	TEUR	-727
Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit:	TEUR	-1.145

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit ist in diesem Jahr u.a. durch positive liquiditätswirksame Effekte aus dem neutralen Ergebnis geprägt. Aus in Vorjahren für Investitionen gebildeten Rücklagen wurden im Zusammenhang mit aktualisierten Planungen und der Beantragung von Einzelfördermitteln noch keine wesentlichen Auszahlungen vorgenommen, insofern erhöhen diese derzeit den Liquiditätsbestand zum Stichtag.

Die Zahlungsfähigkeit des Eigenbetriebes war im Wirtschaftsjahr 2018 jederzeit gegeben. Die Finanzierung der laufenden Aufwendungen erfolgt aus den erzielten Erlösen. Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind vollständig durch Eigenkapital, Sonderposten sowie langfristige Darlehen finanziert. Liquiditätsgrade und Deckungsverhältnisse stellen sich positiv dar. Der Bestand an flüssigen Mitteln entspricht nunmehr in der Stichtagsbetrachtung ca. einem Monatsumsatz. Trotz dieser insgesamt positiven Entwicklung erachten wir es weiterhin als grundsätzlich notwendig, die Liquiditätslage des Eigenbetriebes auch künftig weiterhin zu verbessern und auf einem höheren Niveau zu stabilisieren. Dies insbesondere vor dem Hintergrund anstehender Investitionsbedarfe: Der Wirtschaftsplan 2019 zeigt mittelfristig einen Investitionsbedarf von über 80 Mio. EUR auf, dessen Finanzierung über Fördermittel, Eigenmittel und Investitionskredite sicherzustellen ist.

Der Ergebnisverwendungsvorschlag des Direktoriums sieht für den Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2018 die Zuführung von TEUR 9.121 zu den Rücklagen vor. Damit verblieben Mittel im o.g. Sinne im Eigenbetrieb.

c) Vermögenslage

Ausgewählte Positionen des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

	2018 in TEUR	2017 in TEUR	Veränderung in TEUR
Anlagevermögen	95.732	98.110	-2.378
Eigenkapital	57.638	48.517	9.121
Liquide Mittel	11.517	2.397	9.119
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	14.365	15.306	-941
Erlöse aus Krankenhausleistungen	101.404	95.863	5.541

Im Wirtschaftsjahr 2018 wurden Investitionen von insgesamt TEUR 2.633 vorgenommen. Deren Finanzierung erfolgte im Wesentlichen aus Pauschalfördermitteln für die Wiederbeschaffung von medizinisch-technischen und sonstigen Anlagegütern sowie aus Eigenmitteln des Eigenbetriebes.

Den Investitionen standen Abschreibungen in Höhe von 5.012 gegenüber. Das Anlagevermögen hat sich damit in diesem Jahr insgesamt um TEUR 2.378 verringert. Hinsichtlich des fortwährenden Investitionsbedarfs unter den Bedingungen mangelnder Fördermittel verweisen wir auf unsere Ausführungen im Risikobericht (IV.2). Wesentliche Änderungen im Bestand der dem Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte haben sich nicht ergeben.

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 9.121 erhöht. Der Betrag ergibt sich aus dem Jahresüberschuss 2018 sowie der als im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses 2017 sowie der Ergebnisverwendung durch die Bürgerschaft beschlossenen Mittelweitergabe an die Hanse- und Universitätsstadt in Höhe von TEUR 2.500.

Die Rückstellungen sind im Vorjahresvergleich um TEUR 325 gestiegen.

III. Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten.

IV. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

1. Chancenbericht

Grundsätzlich umfasst die strategische Ausrichtung die Sicherstellung der medizinischen Versorgung, den Ausbau von Leistungsspektren entsprechend der Bedarfsentwicklung sowie die Fortführung der Spezialisierung unter Erhaltung der Wirtschaftlichkeit, der Erhaltung von Anzahl und Mo-

tivation der Fachkräfte und einer bedarfsgerechten Modernisierung der medizinischen Infrastruktur.

In diesem Rahmen gilt es insbesondere, durch bestmögliche medizinische Versorgung den stationären Krankenhausbereich kostendeckend zu sichern, zu entwickeln und daneben zusätzliche Leistungen unter dem Gesichtspunkt der Patientenzufriedenheit und -bindung anzubieten. Dies wird möglich über den Ausbau von Kooperationen mit anderen Häusern und niedergelassen Ärzten sowie die Schärfung der medizinischen Profile.

Das Klinikum entwickelt das mit der Universitätsmedizin Rostock gemeinsam am Campus des Klinikums Südstadt Rostock geplante Projekt eines Eltern-Kind-Zentrums weiter. Die funktionale und räumliche Planung wurde zwischen den Projektpartnern in 2017 nochmals überarbeitet. Nunmehr wird nach einer Vorstellung des Sachstandes zum Projekt eine Positionierung und Entscheidung der Landesregierung zur Förderung erwartet.

2. Risikobericht

Wesentliche Risiken für den Eigenbetrieb als Krankenhaus ergeben sich insbesondere aus den sich ständig ändernden Rahmenbedingungen, die durch die Gesetzgebung vorgegeben werden. Der fortschreitende demografische Wandel sowie zunehmend komplexere Krankheitsbilder lassen die Kosten im Gesundheitswesen ansteigen. Dem folgt eine zunehmende Ökonomisierung des Krankenhauswesens. Das Klinikum unterliegt in seiner Preisgestaltung in nahezu allen Umsatzbereichen den gesetzlichen Grundlagen sowie für die Abrechnung stationär erbrachter Leistungen dem landeseinheitlich festgelegtem Landesbasisfallwert. Als Eigenbetrieb der Hanse- und Universitätsstadt Rostock sind wir hinsichtlich der Personalkosten in allen Bereichen tariflich gebunden.

Der Krankenhausplan für das Land Mecklenburg-Vorpommern wurde letztmals im Mai 2012 veröffentlicht und hat seither keine Laufzeit mehr, sondern unterliegt einer ständigen Weiterentwicklung.

Im Rahmen dieser Vorgaben ist jede Planung mit entsprechenden Unsicherheiten belastet und es gilt, kurzfristig auf sich ändernde Rahmenbedingungen zu reagieren.

Die Verhandlungen zwischen Kostenträgern und Landeskrankenhausgesellschaft bezüglich des landeseinheitlichen Basisfallwertes für Mecklenburg-Vorpommern werden einerseits seit 2018 detailreicher auf einer größeren Datenbasis geführt, andererseits gibt es aber häufig einzelne Unwägbarkeiten (z.B. überregionale politische Einflüsse in Bezug auf die überregional tätigen Kostenträger wie die AOK-NO), welche im Ergebnis den Landesbasisfallwert beeinflussen können.

Der aktuelle Entgelttarifvertrag zum TVöD-K läuft noch bis zum 31.08.2020. Nach der Erhöhung der Tabellenentgelte in der allgemeinen Entgelttabelle zum 01.03.2018 um Werte von zwischen 2,85 % und bis zu 5,7 %, durchschnittlich 3,19 %, wird eine weitere Erhöhung zum 01.04.2019 um Werte von zwischen 2,81 % und bis zu 5,39 %, durchschnittlich 3,09 %, und zusätzlich zum 01.03.2020 um Werte von zwischen 0,96 % und bis zu 1,81 %, durchschnittlich 1,06 %, in Kraft treten. Die Tabellenentgelte der für den Bereich der Pflege geltenden P-Tabelle des TVöD-K wurden

zum 01.03.2018 um 2,9 % angehoben. Weitere Erhöhungen folgen hier zum 01.03.2019 um 3,29 % und zum 01.03.2020 um 1,04 %. Die Ausbildungsvergütung wurde für alle Auszubildenden pauschal zum 01.03.2018 um monatlich 50,00 € und wird erneut zum 01.03.2019 um weitere 50,00 € angehoben.

Zudem wurde im Bereich des TVöD der Urlaubsanspruch für Beschäftigte im Wechselschichtdienst erhöht. Der Grundurlaub beträgt unverändert 30 Tage. Hinzukommen können durch Wechsel-schichtarbeit im Jahr 2018 bis zu 6 Tage, 2019 bis zu 7, 2020 bis zu 8 und 2021 bis zu 9 Zusatzur-laubstage, was letztlich zu einer Erhöhung des Personalbedarfs führt.

Im Bereich des TV-Ärzte/VKA ist der Entgelttarifvertrag zum 31.12.2018 ausgelaufen. Die zuletzt veröffentlichten Forderungen des Marburger Bundes belaufen sich auf eine Steigerung der Tabel-lenentgelte von 5 %. Zudem werden erheblich organisatorische Änderungen und Einschränkungen der Bereitschaftsdienste und eine erhebliche Erhöhung von deren Vergütung (weit mehr als 50 %) gefordert. Nach Berechnungen des VKA beliefen sich die Forderungen des Marburger Bundes auf etwa 9,5 %. Die Verhandlungen laufen derzeit. Eine dritte Verhandlungsrunde ist für den 11./12.03.2019 vereinbart. Ein Ergebnis ist derzeit nicht absehbar und auch nicht seriös vorher-sagbar.

Wenn sich das Krankenhaus der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung am Gesundheitsmarkt stellen will, werden in den kommenden Jahren in vermehrtem Maß Investitionen notwendig, um dem medizinischen Standard gerecht zu werden sowie Raum für den Bedarf an Leistungssteige-rungen zu schaffen. Sofern Fördermittel hierfür nicht in ausreichendem Maß durch das Land zur Verfügung gestellt werden können, ist durch Träger und Eigenbetrieb die Möglichkeit der Finanzie-rung aus Eigenmitteln bzw. Investitionsdarlehen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen si-cherzustellen.

3. Prognose und Ausblick

Der Landesbasisfallwert für das Jahr 2019 steht mit EUR 3.529,85 fest und kommt seit dem 01.01.2019 zur Abrechnung. Die Steigerung beträgt damit in diesem Jahr nur 2,26 % und liegt da-mit deutlich unter den durchschnittlichen prozentualen Personalkostensteigerungen.

Schwerpunkte in den kommenden Jahren werden neben einer stabilen Leistungsentwicklung in den medizinischen Bereichen die Diskussion und möglicherweise Gewährung von Einzelfördermaßnahmen durch das Land zu Raumerweiterungen sein.

Die Planung des Eigenbetriebes geht von Leistungssteigerungen sowie einem erheblichen Investi-tionsbedarf in den kommenden Jahren aus. Der Wirtschaftsplan 2019 zeigt für die Jahre bis 2022 ein Investitionsvolumen von über 80 Mio. EUR auf. Diese Entwicklung ist abhängig vom Fördervo-lumen des Landes sowie der Finanzierungsmöglichkeiten darüber hinaus gehender Finanzbedarfe.

Insbesondere sind kurz- und mittelfristig die Erweiterung der zentralen Notaufnahme sowie eine erste Bettenerweiterung vorgesehen. Im Zuge der baulichen Maßnahmen an der Notaufnahme ist geplant, die Zentralküche des Klinikums neu zu errichten. Zudem soll bereits in 2019 der Bau eines

neuen Linksherzkatheterlabors auf dem Gelände des Eigenbetriebes erfolgen, um den erheblichen Mehrbedarf an kardiologischen Eingriffen sicherzustellen.

Auch die Weiterverfolgung des Projektes Eltern-Kind-Zentrum erfolgt grundsätzlich und hat bereits mit Antragstellung des Eigenbetriebes aus dem Jahre 2009 hinsichtlich der Raumbedarfsplanung einen hohen Stellenwert. Eine Konkretisierung der Beantragung zur Aussicht auf Genehmigung dieser Maßnahme ist derzeit weiterhin nicht absehbar.

Zum 1. Januar 2019 wurde in der Funktion des ärztlichen Direktors am Klinikum Südstadt Rostock Herr Prof. Dr. Hans-Christof Schober durch Herrn Prof. Dr. Jan Patrick Roesner abgelöst.

Rostock, im Februar 2019



Steffen Vollrath
Verwaltungsdirektor



Prof. Dr. Jan Patrick Roesner
Ärztlicher Direktor



Sylvia Waterstradt
Pflegedienstleiterin

Klinikum Südstadt Rostock
Südring 81
18059 Rostock

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Eigenbetrieb „Klinikum Südstadt Rostock“, Rostock

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Eigenbetriebes „Klinikum Südstadt Rostock“, Rostock, der zugleich Jahresabschluss des Krankenhauses Klinikum Südstadt Rostock, Rostock, ist, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Eigenbetriebes „Klinikum Südstadt Rostock“, Rostock, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018, der zugleich den Lagebericht des Krankenhauses darstellt, geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes und des Krankenhauses zum 31. Dezember 2018 sowie jeweils deren Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und des Krankenhauses. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in

Anlage 6**Blatt 2**

Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes „Klinikum Südstadt Rostock“, Rostock, sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der KHBV in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes und des Krankenhauses vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebes und des Krankenhauses zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und des Krankenhauses vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und des Krankenhauses vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jah-

resabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können,
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebes und des Krankenhauses abzugeben,
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben,
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebes oder des Krankenhauses zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizie-

Anlage 6**Blatt 4**

ren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb oder das Krankenhaus ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen können,

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes und des Krankenhauses vermittelt,
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebes und des Krankenhauses,
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insb. die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

ERWEITERUNG DER JAHRESABSCHLUSSPRÜFUNG GEMÄß § 13 Abs. 3 KPG M-V**Aussage zu den wirtschaftlichen Verhältnissen**

Wir haben uns mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gesellschaft i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 befasst. Gemäß § 14 Abs. 2 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern haben wir in dem Bestätigungsvermerk auf unsere Tätigkeit einzugehen.

Auf Basis unserer durchgeführten Tätigkeiten sind wir zu der Auffassung gelangt, dass uns keine Sachverhalte bekannt geworden sind, die zu wesentlichen Beanstandungen der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass geben.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Tätigkeit haben wir entsprechend dem IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720), Fragenkreise 11 bis 16, durchgeführt.

Unsere Verantwortung nach diesen Grundsätzen ist es, anhand der Beantwortung der Fragen der Fragenkreise 11 bis 16 zu würdigen, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse zu wesentlichen Beanstandungen Anlass geben. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter und die Geschäftspolitik zu beurteilen.

Kiel, 21. Mai 2019



Baltic GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Kaden
Wirtschaftsprüfer

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässigen verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsaufbereitungen. Weitere Aufbereitungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögenssteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und

d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

